

GELDBOTINNEN

Branche ist mobilisiert



Die GeldbotInnen streiken nicht mehr und die Geldautomaten verfügen wieder über Bares. Sollten die Kollektivverhandlungen im Februar scheitern, ist jedoch ein weiterer Streik nicht ausgeschlossen. (Foto: Christian Mosar)

Wieder ein Überfall auf einen Geldtransporter, ein Mann stirbt. Eine Woche haben die GeldbotInnen daraufhin für sicherere Arbeitsbedingungen gestreikt, ansatzweise erfolgreich. Am Montag nahmen sie die Arbeit wieder auf. Die nächsten Kollektivverhandlungen sind im Februar.

Sag mir, was du isst ...

Rinderwahnsinn überall? In den WOXX-Büroräumen sieht es manchmal danach aus. Gerade Donnerstags, wenn der Redaktionsschluss näher rückt, häufen sich die Anfälle. Wild um sich schlagend steht der eine vor dem Faxgerät, während die andere mit Schaum vor dem Mund den Computerbildschirm anstiert, auf dem nur noch ein Bomben-Icon zu sehen ist. ZeitungsmacherInnen-Alltag oder Creutzfeldt-Jakob? Wie hält es das WOXX-Team mit dem Rindfleisch? "Ich esse alles außer grünen Bohnen", behauptet Redakteur M. Seine Büronachbarin hat andere Essgewohnheiten: "Fleisch? Schmeckt mir sowieso nicht. Nur Geflügel, aber die übertragen ja vielleicht auch BSE." Auch N. isst nicht viel Fleisch: "Aber wenn schon Rindersteak, dann ausschließlich 'saignant'" Ob sie Angst hat? "Ja, aber auch vor dem Ebola-Virus, und davor, von einem städtischen Bus überfahren zu werden." Noch cooler nimmt das Ganze Redakteur O.: "Ich rauche ja auch ..." Dagegen verzichtet P. seit der BSE-Krise ganz auf Fleisch: "Nur neulich, da hatte ich auf meinem Sandwich Schinken. Das habe ich dann ganz gegessen, ich hatte es ja schon angebissen."Und der Redaktionshund? "Wir sind immun gegen BSE. Ich hoffe nur, dass Herrchen mir den Trick mit der Kühlschrantür verrät, bevor sein Gehirn ganz zermanscht ist."

vom 3. November). Verhandlungen zwischen Angestellten und Gewerkschaften einerseits und den Arbeitgebern andererseits waren immer wieder gescheitert. Vergangene Woche kam es zum Streik - schließlich wurde ernsthaft verhandelt.

Auch der Regierungsrat befasste sich vergangenen Freitag mit dem Thema. Ein "règlement grand-ducal", das Sicherheitsstandards für die Transportfirmen festlegte, wurde vom Ministerrat angenommen. Das Ergebnis stellte die GeldbotInnen aber nicht zufrieden, so dass der LCGB noch am Abend ankündigte, dass weiter gestreikt werde. Am Samstag, den 2. Dezember, wurde eine Tripartite einberufen zwischen Regierungsmitgliedern, Gewerkschaften, der ABBL, der Handelskonföderation und den Direktionen der drei großen Geldtransportfirmen, mit dem Ergebnis, dass die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wurde.

In der Tripartite wurde entschieden, dass die Polizei nun verstärkt bei Geldübergaben präsent ist. Seit Montag werden an strategischen Stellen die Geldtransporte überwacht. Zudem sind zwei Hubschrauber im Einsatz. Für die Polizei bedeutet das

zusätzliche Arbeit. Das habe aber keinen Einfluss auf die sonstigen polizeilichen Aktivitäten, versichert ein Sprecher der Polizeidirektion. Und weiter: Sicher gibt es einige Überstunden, Koordinationschwierigkeiten haben wir keine. Doch das Ausmaß der anfallenden Arbeit ist noch nicht auszumachen, wir sind noch in der Vorlaufphase.

In der Tripartite wurde außerdem beschlossen, künftig Transportfirmen steuerlich zu entlasten, damit sie in Sicherheitsmaßnahmen investieren. Ferner wird die Regierung eine "Commission de surveillance" einsetzen, die die Realisierung der Schutzmaßnahmen überwachen soll. Die Firmen haben nach unseren Recherchen einige Sofortmaßnahmen durchgeführt. Die neue Panzerung der Wagen wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Sanktionen gegen die Streikenden gibt es keine, die fünf Streiktage werden als Urlaubstage verbucht. Am Jahresende bekommen die Geldboten eine Prämie von 15.000 LUF. Dieses Entgegenkommen des Patronats hat offenbar viele beschwichtigt, sagt Joé Spier vom LCGB. Die Stimmung der Belegschaften sei durchgewachsen bis positiv. Die Sicherheitsmaßnahmen werden allgemein begrüßt. "Die Leute vertrauen auf die Kollektivverhandlungen im Februar und auf den Beistand der Gewerkschaft," sagt Spier. Früher sei das Problem der Branche gewesen, dass sich die Angestellten nicht getraut haben, etwas zu sagen. Das sei heute anders, die Belegschaften seien ausgesprochen mobilisiert. "Das ist die beste Voraussetzung für die Kollektivverhandlungen in denen es sowohl um Gehälter als auch um das Statut von GeldbotInnen gehen wird," sagt Spier optimistisch.

kommentar

Zwei Europas in Nizza

An der Côte d'Azur soll ein weiteres Stück des liberalen Europa gebaut werden. Doch der Geist von Seattle schwebt zwischen den Palmen der Promenade des Anglais.

Der Gipfel soll die Charta der Grundrechte verabschieden, die in Wirklichkeit einen Rückschritt zu bereits bestehenden Menschenrechtserklärungen bedeutet. Es soll ein EU-Führungsschema entworfen werden, das dem einer Großmacht gerecht wird. Ein zentralisiertes Eurocorps soll geschaffen und die Ausdehnung der EU nach Osten auf die Schiene gesetzt werden. Nun ist es zur Tradition geworden, dass, wie in Amsterdam, in Luxemburg, in Köln, auch ein ganz anderes Europa ohne Einladung erscheint: das der Arbeitslosen und Ausgeschlossenen, der subversiven Flechtwerke allmöglicher Gattungen von Umweltschützern über "Malbouffe"-Gegnern bis zu Feministinnen Auch der Europäische Gewerkschaftsbund hat sich angemeldet leider mit einem fatalen Schwenk von der Ablehnung bis zum Gutheißen der etwas verbesserten Charta. Ist die Demo des EGB nur dazu angetan, den antiliberalen "Netzwerklern" das Terrain nicht zu überlassen? Der rechtsextreme Bürgermeister von Nizza hat alle möglichen Versammlungsorte für Alternativgipfel, Foren, Debatten, Konzerte sperren lassen. Den grünen Parlamentariern hat er verboten, ein Festzelt zu errichten. Zum Vergleich: In Amsterdam hatte die Stadtverwaltung den DemonstrantInnen Turnhallen zum Übernachten geöffnet. In Nizza soll nur eine Stimme zu hören sein, die des neoliberalen Einheitsdenkens. Diese Rechnung dürfte aber nicht aufgehen. Die Erfahrung von Seattle mag dem Recht-und-Ordnungs-Prinzip Auftrieb gegeben haben, vor allem aber auch dem Mut der Opposition, für Alternativen zu kämpfen. Wir wollen ein ganz anderes Europa: sozial, demokratisch, egalitär, ökologisch und tolerant!

Frank Jost ist der Sprecher von "Agir contre le chômage! - ACC!", dem luxemburgischen Komitee der europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, Prekarität und Ausgrenzung.

kommentar

Traitements inhumains et dégradants de jeunes

Le dernier bulletin des Droits de l'Homme fait le point sur une jurisprudence à propos du "traitement de jeunes délinquants".

Il rapporte un arrêt de la Cour, devenu célèbre, qui qualifie de peine dégradante, contraire à l'article 3 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des libertés fondamentales, un châtiment corporel de trois coups de verge, infligé à un garçon de quinze ans sur décision d'un juge de l'île de Man. A la lumière d'une telle décision, on peut se demander si, au Luxembourg, l'application de certaines mesures disciplinaires dans les centres socio-éducatifs de l'Etat, ne relève pas de traitements inhumains et dégradants. Le règlement grand-ducal portant sur la sécurité et le régime de discipline dans ces centres prévoit comme sanction disciplinaire pour motif grave, la mise en cellule d'isolement, de quelques heures jusqu'à vingt jours consécutifs. Il n'est pas rare que cette sanction soit appliquée dans toute sa rigueur. Il est aussi arrivé qu'une jeune fille souffrant de claustrophobie soit placée en isolement malgré un avis médical contraire. Dans de tels cas, on ne peut pas parler d'une privation de liberté à des fins éducatives, ce qu'autorise la Convention, mais bien d'un traitement coercitif "inhumain" prohibé. Lorsque les jeunes filles du centre socio-éducatif de Schrassig doivent rester vêtues d'une seule chemise de nuit dans la chambre d'isolement, on peut estimer qu'on est en présence d'une peine humiliante aussi "dégradante" que les trois coups de verge. A notre connaissance la Cour n'a pas encore eu l'occasion de s'exprimer à ce sujet. Par contre, le Comité pour la prévention de la torture, après une visite des Centres à Dreibern et à Schrassig a recommandé, en avril 1997, de considérer l'isolement temporaire comme une mesure tout à fait exceptionnelle. Il a invité les autorités luxembourgeoises à réduire la durée maximale d'un tel isolement prévu par la loi. Jusqu'à ce jour, à notre connaissance, rien n'a été entrepris dans ce sens.

Bernadette Jung est présidente de l'"Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture - ACAT" à Luxembourg

